

6. Zugang zu Tagesschulen sicherstellen

Parlamentarische Initiative Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen) vom 28. September 2020

KR-Nr. 367/2020

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir führen dazu eine reduzierte Debatte.

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich hatte an dieser Stelle einen Ordnungsantrag auf Einschub eines Traktandums «Maskenpflicht am Arbeitsplatz» gestellt. Das hat mir der Präsident abgelehnt. Ich halte dagegen, dass das nicht möglich ist. Aber nachdem sich kein Fraktionspräsident oder eine Fraktionspräsidentin, nicht mal der Fraktionspräsident der SVP, wenn er da ist ... (*Der Ratspräsident unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsident Benno Scherrer: Hans-Peter Amrein, möchten Sie Ihren Ordnungsantrag stellen? Darüber stimmen wir ... (*Hans-Peter Amrein unterbricht den Ratspräsidenten.*)

Hans-Peter Amrein fährt fort: Ich stelle einen Ordnungsantrag zu Traktandum 6 auf freie Debatte. Ich danke.

Ratspräsident Benno Scherrer: Hans-Peter Amrein verlangt bei Traktandum 6 freie Debatte. Für die Annahme dieses Ordnungsantrags braucht es 60 Stimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Für den Ordnungsantrag stimmen 34 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 367/2020 wird in reduzierter Debatte behandelt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Auch dieser Antrag war unnötig. Wir fahren weiter in reduzierter Debatte. (*Hans-Peter Amrein protestiert.*) Entschuldigung, ich bitte um Ordnung. Hans-Peter Amrein wünscht das Wort wieder. Ich finde es unnötig, dass wir jedes Mal Ordnungsanträge debattieren. Klar ist das ein Recht, aber wozu ich nicht bereit bin, ist, mir nochmals eine Maskendiskussion aufschwätzen zu lassen, indem Sie Ihren Ordnungsantrag dazu missbrauchen, diese Diskussion nochmals zu führen. Sie haben letztes Mal einen anderen Antrag gestellt, nämlich denjenigen auf Rückkehr ins Rathaus. Davon war am Sitzungsanfang nicht die Rede. So, damit habe ich geschlossen. Hans-Peter Amrein hat eine persönliche Erklärung abzugeben.

Persönliche Erklärung von Hans-Peter Amrein, Küsnacht

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich habe vorher keinen Ordnungsantrag auf Maskenpflicht am Arbeitsplatz gestellt, sondern ich habe einen Ordnungsantrag auf das Recht gestellt, hier reden zu dürfen, von Urs Hans und von mir. Und der Präsident zensiert mich, dieser Antrag sei unnötig. Ich bitte doch die Fraktionschefinnen und Fraktionschefs in der Geschäftsleitung, endlich einmal dafür zu sorgen, dass es nicht zu solchen Kommentaren kommt. Ich danke.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Wir stehen kurz vor der Sommerpause, ebenso die Schülerinnen und Schüler. Bereits in neun Wochen starten dann viele Kinder in ein weiteres Schuljahr der Volksschule. Nur wenige werden dies in einer Tagesschule tun. Das ist nicht grundsätzlich störend. Was aber stört, ist, dass nicht alle, die gerne möchten, in einer Tagesschule starten werden. In der Schweizer Fachliteratur werden Schulen mit ganztägigen Betreuungsangeboten an mehreren Tagen pro Woche als Tagesschulen bezeichnet, eine wahrlich weite Definition. Wenn man sich die Tagesschulen im Kanton Zürich anschaut, dann sind die folgenden gemeinsamen Merkmale ersichtlich: Da sind die gemeinsame Konzeption von Unterricht und Betreuung sowie die Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen. Wie stark diese Verzahnung sein soll, wird den Schulen überlassen. Dann gibt es gebundene Elemente, wie beispielsweise ein Obligatorium zum Besuch des Mittagessens an Tagen mit Nachmittagsunterricht. Und zu guter Letzt gibt es freiwillig zusätzlich buchbare Module, beispielsweise die Betreuung nach dem Unterricht.

Nun, will man auch in Zukunft eine starke Volksschule, ist in den Augen der FDP das Angebot der Tagesschule notwendig. Denn möchten Erziehungsberechtigte ihre Kinder in einer Tagesschule beschult wissen, haben sie vielerorts nur den Besuch einer Privatschule zur Auswahl. Eine solche Abwanderung würde das Erfolgsmodell «Volksschule» als Ganzes schwächen. Ich bin mir bewusst, die Volksschule muss bereits ein grosses Angebot bereitstellen. Und deshalb erachte ich es als notwendig, den Fächer etwas zu öffnen, damit verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um den Bedarf an Tagesschulplätzen zu decken. Es macht kaum Sinn, in jeder einzelnen Gemeinde eine Tagesschule zu führen. Aber um den Kindern und Erziehungsberechtigten auch dieses Schulmodell zur Wahl stellen zu können, soll einerseits eine Bedarfsabklärung stattfinden und andererseits auch etwas über die Gemeindegrenzen hinausgedacht werden können. Denn viele Gemeinden befassen sich bereits mit dem Thema «Tagesschule» und schon in einigen Gemeinden wurden bereits freiwillig Tagesschulen aufgebaut. Es gibt aber durchaus Hürden, die für Gemeinden nicht immer einfach zu beseitigen sind, und diesem Umstand muss man Rechnung tragen und Möglichkeiten eröffnen, Synergien zwischen Gemeinden zu nutzen. Warum beispielsweise sollen Tagesschulplätze nicht in Kooperation zur Verfügung gestellt und genutzt werden?

In Tagesschulen werden Rahmenbedingungen geschaffen, welche dazu beitragen, das inländische Potenzial an Fachkräften besser auszunützen sowie soziale Ungleichheiten und die Gefahr des Abrutschens in die Sozialhilfe zu entschärfen. Ich führe hier nicht weiter aus, Sie alle kennen den Nutzen.

Nun kann man argumentieren, dass diese Faktoren durch Tagesstrukturen, wie wir sie bereits kennen, ausreichend unterstützt werden. Doch Tagesschulen bieten gegenüber Tagesstrukturen neben dem pädagogischen Konzept viele organisatorische Pluspunkte, welche für berufstätige Erziehungsberechtigte von grosser Bedeutung sind. Da wäre zum einen der gleichbleibende Stundenplan, die Abmeldung – warum auch immer – bei nur einer Ansprechperson oder Schule und Betreuung auf einem Areal, um hier nur einige Beispiele zu nennen. Über Standort, Subvention, Konzept und vieles Weitere, also über die konkrete Ausgestaltung der Tagesschule, sollen allein die Gemeinden entscheiden. Die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter kennen die Möglichkeiten und Voraussetzungen am besten, um den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine sinnvolle Ausgestaltung vorzulegen, wie der bestimmte Bedarf an Tagesschulplätzen gedeckt werden kann und soll.

Zudem ist uns von der FDP Folgendes wichtig: Der Aufbau der Tagesschule soll nicht nach dem Vorbild der Stadt Zürich geschehen, wo durch ein übermässiges Angebot die benötigte Nachfrage generiert wird. Nein, die Gemeinden sollen vielmehr auf die Nachfrage reagieren und das entsprechende Angebot sicherstellen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass ein qualitativ gutes, effizientes und bedarfsgerechtes Netz an Tagesschulen entsteht. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Meine Vorrednerin hat auf den Unterschied zwischen Tagesschulen und Tagesstrukturen aufmerksam gemacht. Tagesstrukturen finden heute in jeder Gemeinde statt, das bedeutet: Die Eltern haben die Möglichkeit, die Kinder über Mittag betreuen zu lassen. Der entscheidende Unterschied zu Tagesstrukturen ist, dass in einer Tagesschule die Kinder über Mittag dortbleiben müssen, falls am Nachmittag Unterricht stattfindet. Es kann kein Kind in einer Tagesschulklasse sein, das nachher nicht mit den übrigen Kindern die Mittagszeit verbringt, weil in der Mittagszeit auch pädagogische Angebote stattfinden, die für diese Klasse wichtig sind. Es gibt also einen Zwang, dort, wo Tagesschulen sind, die Kinder über Mittag dort zu haben, ausser man schickt die Kinder in eine andere Schule, und das ist möglich. Somit führt dieser Vorstoss, der mit Freiwilligkeit wirbt – die Gemeinden müssen das, wenn die Eltern wollen, es kann auch in einer anderen Gemeinde sein –, zu einer flächendeckenden Einführung der Tagesschulen im Kanton Zürich.

Ich begründe nun, weshalb: In jeder Gemeinde wohnen nämlich Erziehungsberechtigte, die sich eine Tagesschule wünschen. Der Fall, für den diese PI geschaffen wird, tritt daher auch in jeder Gemeinde ein. Und Gemeinden werden gezwungen, Tagesschulplätze entweder selber zu schaffen oder in einer anderen Gemeinde zu finanzieren, den Schulbesuch von einzelnen Kindern in einer anderen Gemeinde zu bezahlen. Die Konsequenz: Wenn ein Kind weniger die Schule in

einer Gemeinde ohne Tagesschule besucht, werden deswegen kaum Kosten gespart. Auch wenn ein Kind fehlt, braucht es noch die Lehrperson und die Schulanlage, die Betriebskosten fallen an. Besonders in kleinen Gemeinden, die wegen den wenigen betroffenen Kindern keine Klasse schliessen können oder einzelne Tagesschulklassen bilden können, gerade für diese kleinen Gemeinden bedeutet dann der Schulbesuch eines Kindes ausserhalb der eigenen Schule rund 30'000 Franken Mehrkosten pro Kind. Und der Transport kommt noch dazu. Das zu finanzieren können sich viele Gemeinden nicht einfach so leisten, wenn sich viele eine Tagesschule wünschen. Also muss die Tagesschule eingeführt werden. Dass dann zudem die zahlenden Gemeinden über die sonderpädagogischen Massnahmen ihrer Kinder, die in einer fremden Tagesschule sind, kein Mitspracherecht haben, aber bezahlen müssen, ist nicht in Ordnung.

Die Initianten wünschen sich die regelmässige aktive Ermittlung des Bedarfs an Tagesschulplätzen. Mit Tagesstrukturen erfolgt dies bereits mit Befragungen. Die Gemeinden organisieren dann einen Mittagstisch oder eben eine Tagesstruktur, einen Hort, die Eltern haben die unterschiedlichsten Möglichkeiten. Hier zusätzlich extra den Bedarf von Tagesschulplätzen zu erfragen, bringt das Fass zum Überlaufen, die Forderung geht zu weit. Man fragt quasi die Eltern, ob sie wirklich wollen, dass ihr Kind in einer anderen Schule auswärts zur Schule gehen muss, und das ist nicht in Ordnung. Da übernimmt der Staat Erziehungsverantwortung. Tagesschulen unterscheiden sich zu Tagesstrukturen darin, dass obligatorischer Unterricht und Erziehung über Mittag stattfinden. Eltern, die ihre Kinder über Mittag selber betreuen wollen, müssen, sofern ihr Kind in eine Tagesschule geht, sie das aber nicht wollen, ihr Kind in eine andere Schule oder in eine andere Klasse versetzen lassen. Und das ist zu viel des Zwanges. Die SVP steht für die Eigenverantwortung und Freiheit der Familien. Wir müssen im ganzen Kanton ermöglichen, dass Eltern, die ihre Kinder – und das ist die Mehrheit – über Mittag zu Hause betreuen wollen, das auch können. Das können sie nicht mehr, wenn sie rundherum Tagesschulen haben. Und die Gemeinden können sich andere Schulen nicht mehr leisten, wenn sie wegen ein paar wenigen Tagesschulen finanzieren müssen. Somit bringt dieser Vorstoss eigentlich die Einführung der Tagesschulen im Kanton Zürich, flächendeckend, und das lehnt die SVP ab.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Wenn man nur den Titel der vorliegenden parlamentarischen Initiative anschauen würde, «Zugang zu Tagesschulen sicherstellen», dann müsste man eigentlich sofort die PI unterstützen. Auch hinter dem ersten Änderungsvorschlag beim Paragraphen 30a in Absatz 2 mit dem neu aufzunehmenden Text steht die SP klar. Die Gemeinden ermitteln den Bedarf nach Tagesstrukturen sowie Tagesschulen regelmässig und stellen ein entsprechendes Angebot zur Verfügung. Es ist auch enorm wichtig, dass die Gemeinden den Bedarf regelmässig ermitteln, denn nur so kann überhaupt in einer Gemeinde festgestellt werden, ob allenfalls die vorhandenen Tagesstrukturen ausreichen oder fehlende Tagesschulen dringend noch benötigt werden würden. Beim Volksschulamt heisst es, dass die Gemeinden aber nur so viele Plätze anbieten müssen, wie von den Eltern nachgefragt werden. Deshalb müssen Gemeinden rechtzeitig die

Nachfrage prüfen und die gewünschte Zahl an Betreuungsplätzen bereitstellen. Auch wir fordern ein regelmässiges Ermitteln des Bedarfs und danach selbstverständlich ein bedarfsgerechtes Angebot mit genügenden Plätzen und unter einigen wichtigen Bedingungen: Tagesschulen sollen für alle Kinder möglich und zugänglich sein – zwecks Chancengerechtigkeit und nicht aufgrund finanzieller Möglichkeiten. Den Absatz 3 unter Paragraf 30a finden wir etwas schwierig. Buchstabe a sehen wir auch als unterstützenswert an, auch wenn unserer Meinung nach nicht von «können» zu sprechen wäre, sondern es «bietet an» heissen müsste. Bei b mit dem Zusammenarbeiten mit anderen Gemeinden wäre das für uns bei kleineren Gemeinden eine Möglichkeit, doch beim Punkt c haben wir Bedenken, dass dann nämlich möglichst viel vom Betrieb der Tagesstrukturen beziehungsweise der Betreuungsteil an Dritte ausgelagert werden soll. Zwar beinhaltet die aktuell gültige Rechtslage im Volksschulgesetz den Satz «Sie können Dritte mit dem Betrieb von Tagesstrukturen beauftragen», aber besteht da nicht eine grosse Gefahr, dass es da dann nur noch ums Sparen von Kosten geht oder gehen soll? Absatz 5 unter Paragraf 30b würde neu beinhalten, dass auf Antrag der Erziehungsberechtigten und in Absprache mit der übernehmenden Gemeinde die Schülerinnen und Schüler eine öffentliche Tagesschule in einer anderen Gemeinde besuchen könnten. Paragraf 30b Absatz 5 stimmt für uns als SP nicht. Denn dann werden also nicht mehr alle Gemeinden Bestrebungen anstellen müssen, weil sie dann allenfalls einfach eine Tagesschule oder Tagesschulen in einer anderen Gemeinde mitbenutzen können. Auch in den Ausführungen zur Volksschule des Kantons Zürich unter «unterrichtsergänzende Angebote» wird darauf hingewiesen, Zitat: «Wenn möglich sollten sich die Räume für die Betreuung auf dem Schulareal oder in der Nähe von Schulen und Kindergärten befinden.» Für uns ist diese Anforderung zwingend. Schülerinnen und Schüler sollen ihre Schule im Quartier, am Wohnort, als Lern- und Spielort, als Aufenthaltsraum und als Ort wahrnehmen, an dem sie ihren Tag verbringen können mit Lernen, mit Essen, mit Austauschmöglichkeiten mit anderen Kindern und mit Freizeitaktivitäten. Und auch den Satz über die abschliessende Entscheidung der Gemeinden über die sonderpädagogischen Massnahmen finden wir kritisch. Hier vermuten wir einen Versuch zur Eindämmung der Kosten von sonderpädagogischen Massnahmen. Wir wollen aber, dass die benötigten sonderpädagogischen Massnahmen aus Gründen der individuellen Förderung den einzelnen Schülerinnen und Schülern zugesprochen werden und nicht allenfalls gestrichen werden, wenn das Budget einer Gemeinde dann allenfalls besser aussehen würde.

Wir werden aber trotz unseren Bedenken diese PI unterstützen, weil auch wir wichtig finden, dass in Richtung Tagesschulen endlich Schritte gemacht werden, und zwar nicht nur in der Stadt Zürich, sondern auch in Agglomerationsgemeinden und zudem auch in kleineren Gemeinden des Kantons Zürich. Es ist notwendig, dass über die Thematik diskutiert werden kann, mit dem Ziel, überall nicht nur Tagesstrukturen, sondern insbesondere auch Tagesschulen anzubieten. Tagesschulen sind wichtig. Vonseiten des Kantons heisst es, Zitat: «Im Gegensatz zu den gängigen Tagesstrukturen sind Schule und Betreuung dabei eng miteinander verbunden, sowohl organisatorisch und pädagogisch als auch räumlich.» Diese

enge Verbundenheit von Schule und Betreuung braucht es, damit die Schülerinnen und Schüler sich wohlfühlen in der Schule, sichere, stabile Beziehungen zu den involvierten Personen seitens Schule/Betreuung aufbauen können, viel lernen können in den unterschiedlichsten Bereichen und aus all den möglichst positiven Erfahrungen einen guten Start für ihre weitere schulische Laufbahn erhalten. Danke.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Vorliegendes Anliegen ist keine Neuigkeit, jahrelang schon finden Diskussionen, Vorschläge für mehrheitsfähige Varianten statt. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, ein brandaktuelles Thema. Ich habe FDP-Altkantonsrätin Franziska Frey-Wettstein im Ohr, die seit Jahren intensiv und engagiert dafür kämpft, heute noch immer, bereits als Urgrossmutter. Wie können wir endlich einen Schritt in die wirklich wichtige Richtung gehen? Indem wir die Gemeinden animieren, motivieren, aktivieren sich zu bewegen, sich dieser Thematik anzunehmen und nicht zu negieren. Diejenigen Gemeinden, die jetzt aufschreien, sie täten schon viel in dieser Sache, sind weniger angesprochen, sondern andere, die glauben, gute Lösungen fallen vom Himmel oder diese aktuelle Thematik erhalte in ihrer Gemeinde keine Unterstützung oder sei nicht nötig. Wir sind froh, dass sich viele mit Tagesstrukturen in ihren Schulen auseinandersetzen. Nicht alle sind aber gewillt, sich den bestehenden Hürden zu stellen, geschweige denn sie zu überwinden. Tagesschulen entsprechen einem Bedürfnis nach Planungssicherheit berufstätiger Eltern. Quasi alles aus einer Hand zu erhalten, bedeutet auch mehr Sicherheit für berufstätige Eltern. Viele aktuelle Themen, die wir im Kantonsrat behandeln, nehmen sich der Familien, Lebensgemeinschaften und deren finanziellen, beruflichen Situationen an. Würde dem Tagesschulbedürfnis der Erziehungsberechtigten, die es wünschen und nutzen, endlich Rechnung getragen, könnten wir in einigen Jahren auch vom erreichten Meilenstein sprechen. Denn sie ist ein Mosaikstein in der Fülle von Sachlagen, die dringend benötigt sind, damit Mamis und Papis gleichgestellt, wenn sie es den wollen oder müssen, ihren Aufgaben und Jobs nachgehen können. der Organisationsstress, wann die Kinder wo sind, kann damit entfallen.

Mit vorliegender PI erhalten die Gemeinden Möglichkeiten, Lösungen anzubieten, die für sie stimmen. Ein Bedarf soll in regelmässigen Abständen ermittelt werden. Ist eine Gemeinde nicht gewillt, eine Tagesschule anzubieten oder mit anderen Gemeinden dazu zusammenzuarbeiten, so erhalten Erziehungsberechtigte das Recht, einen Antrag für ihr Kind zur Aufnahme in einer bestehenden öffentlichen Tagesschule zu stellen. Ein Tagesschulangebot entspricht heutigen Bedürfnissen. Gemeinden, die es anbieten, wird dies sicherlich einen Mehrwert bieten. Heute wird auch nach solchen Kriterien ein möglicher Wohnort gesucht. Weder ist der Besuch einer Tagesschule obligatorisch, noch werden Gemeinden bestraft, die bereits Tagesstrukturen anbieten, die den gesetzlichen Kriterien der Tagesschule entsprechen. Auch sind Erziehungsberechtigte für den Transport zur Tagesschule verantwortlich und tragen dessen Kosten selbst. Die PI bietet Gestaltungsfreiraum für die Gemeinden. Somit wird auch einem Schultou-

rismus entgegengewirkt und einer Abwanderung in die Privatschulen eine Alternative gegenübergestellt. Es ist mehr als Zeit, machen wir den nötigen Schritt dazu. Die GLP-Fraktion wird die PI überweisen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Zukunft gehört den Tagesschulen. Tagesschulen erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern so auch die Gleichstellung. Wenn hochwertig konzipiert, tragen sie zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei. Und sie erhöhen das Potenzial an Fachkräften. 2018 haben wir im Volksschulgesetz die gesetzliche Grundlage für Tagesschulen geschaffen. Wir haben dannzumal aber nur das Allernotwendigste zur Unterstützung der Einführung von Tageschulen getan. Der Fortschritt dieser parlamentarischen Initiative besteht darin, dass Gemeinden ohne eigene Tagesschulen Kindern den Besuch einer öffentlichen Tagesschule in einer anderen Gemeinde bewilligen und auch das Schulgeld dafür übernehmen. Diese Neuerung sichert damit allen Kindern und Eltern den Zugang zu Tagesschulen. Gemeinden können also fortan bei der Bereitstellung von Tagesschulen mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Gerade in der Agglomeration, aber auch auf dem Lande kann diese Zusammenarbeit sehr viel Sinn machen.

Hier muss ich ein erstes Mal Matthias Hauser entgegenen: Es wird auch in Zukunft kein Zwang für einen Tagesschulbesuch bestehen. Im Volksschulgesetz ist ganz klar verankert, dass Gemeinden mit Tagesschulen dafür sorgen müssen, dass der Schulbesuch auch ohne die obligatorische Betreuung möglich sein muss. Die Angst, die hier vonseiten SVP geschürt wird, ist also eine Angst auf Vorrat, die schlichtweg keine Berechtigung hat.

Mit der Neuerung, so wie sie in der PI vorgesehen ist, wird das Wohnortsprinzip unserer Volksschule tatsächlich ein Stück weit aufgeweicht. Das nehmen wir Grüne aber in Kauf, weil wir nicht mehr Jahrzehnte auf ein flächendeckendes Tagesschulangebot in unserem Kanton warten wollen. Auch der Befürchtung der SP, dass nun reihenweise Dritte mit dem Betreuungsteil ausserhalb des Unterrichts beauftragt werden, müssen wir klar entgegentreten. Dritte dürfen nämlich schon heute mit dem Betrieb von Tagesstrukturen beauftragt werden. In der Realität kommen Dritten jedoch nur ganz selten und nur in ganz wenigen Gemeinden in den Genuss eines solchen Auftrags. So rechnen wir also auch bei den Tagesschulen nicht mit einer solchen Übernahme von Dritten für diesen Betreuungsteil. Im Volksschulgesetz ist ganz klar geregelt, dass bei der Tagesschule Unterricht und Betreuung durch pädagogische, organisatorische, personelle und räumliche Massnahmen verbunden sein müssen. Die Gemeinden werden deshalb auch bei Tagesschulen selber oder eben in Kooperation mit anderen Gemeinden die Tagesschulen führen. Deshalb überweisen wir Grüne diese PI mit Überzeugung. Die Zukunft gehört den Tagesschulen.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte hat die PI hauptsächlich aus folgendem Grund mitunterzeichnet: Die Gemeinden sollen bei der Ermittlung des Bedarfs an Tagesstrukturen zwischen Hort und Tagesschulen differenzieren, auf beide Bedürfnisse individuell eingehen und bei Bedarf Lösungen sowohl für die

Hortbetreuung wie aber auch für Tagesschulen anbieten. Dies kommt im Gesetztext nicht klar zur Geltung, da nur von «Tagesstrukturen» und nicht explizit von «Hort» wie auch «Tagesschulen» gesprochen wird. Die Tagesschulen weichen vom normalen Hortbetrieb in verschiedenen Punkten, wie zum Beispiel der engeren Zusammenarbeit zwischen Lehrpersonen und Betreuungspersonen ab. Deshalb macht es durchaus einen Unterschied, ob eine Gemeinde Hortbetreuung oder eine Tagesschule anbietet. Gerade für Eltern, deren Kinder einen hohen Betreuungsbedarf haben, ist eine Tagesschule sicher die bessere Lösung.

Es ist zwar heute schon möglich, dass öffentliche Tagesschulen ihr Angebot auch für Externe öffnen, manchmal auch aus Not, um die Schule im Ort erhalten zu können. Das Schulgeld ist geregelt und für die Eltern immer unentgeltlich. Für die Betreuung zahlen die Eltern, und diese Kosten sehen je nach Gemeinde sehr unterschiedlich aus. Meistens muss man als Externer auch mehr für die Betreuung bezahlen. Viele dieser Tagesschulen liegen meistens eher abgelegen und haben nur sehr begrenzt Plätze für Externe. Uns ist es wichtig, dass die Gemeinden bei Bedarf neben dem Hortbetrieb auch den Zugang zu gemeindeeigenen oder externen Tagesschulen gewährleisten und so den Familien die Option «Tagesschule» neben «Hort» offensteht.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Um es gleich vorwegzunehmen: Die EVP-Fraktion anerkennt die Tagesschulen als Element der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die EVP ist auch der Meinung, dass Gemeinden, die Erfahrungen mit Tagesschulen sammeln wollen, finanziell mit einer Anschubfinanzierung unterstützt werden sollen. Daher haben wir ja auch den Vorstoss von Christoph Ziegler «Anschubfinanzierung für Tagesschulen» (KR-Nr. 369/2020) im übernächsten Traktandum 8 mitunterzeichnet. Die EVP folgt aber in Sachen Tagesschule der Devise: freiwilliges Angebot durch die Gemeinden und freiwillige Nutzung durch Familien. Es ist nicht einzusehen, weshalb man dieses freiwillige Angebot nun durch einen Zwang für die Gemeinden ersetzen sollte. Die Bedürfnisse in den Gemeinden unseres Kantons sind sehr unterschiedlich. Während die einen nicht mehr ohne Tagesschule leben möchten, gibt es in anderen Gemeinden schlicht kein Bedürfnis, ganz abgesehen davon, dass die Regelung «Die Gemeinde bewilligt auf Antrag der Erziehungsberechtigten und in Absprache mit der übernehmenden Gemeinde die externe Schulung» – zulasten der Gemeinde notabene – zu zahlreichen Konflikten führen wird.

Die EVP-Fraktion nimmt die Gemeindeautonomie ernst und überlässt die situationgerechte Entscheidung über ein Tagesschul-Angebot den örtlichen Legislativen und Exekutiven.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Ich hätte das Wort nicht mehr ergriffen, hätte nicht das Referat von Claudia Hollenstein nicht so exemplarisch gezeigt, was vermutlich in ihren Fraktionen sehr oft passiert ist, nämlich, dass man die Frage der Tagesschulen mit der Frage der familienergänzenden Betreuung über Mittag verwechselt. Seit 2011 haben wir Mittagsbetreu-

ungen in den Schulen in allen Gemeinden. Es war das Kinder- und Jugendhilfegesetz, in welchem das obligatorisch gemacht wurde. Es geht also jetzt nicht darum, ob man familienergänzende Betreuung gut findet oder nicht, sondern es geht darum, ob man diese so ausgestalten will, dass es für Kinder obligatorisch ist, dort zu bleiben, wenn man in diesen Klassen sein muss. Man hat ein Menschenrecht auf Bildung, das ist klar. Wir haben das Recht auf Mittagsbetreuung, das ist auch klar. Aber geht es nicht zu weit, dass wir das Recht auf die Ausgestaltung dieser Mittagsbetreuung so machen müssen, dass es für andere Kinder, die die Schule nicht wechseln wollen, auch obligatorisch ist? Sie sprechen nicht von Zwang, Frau Fehr, aber eine kleine Gemeinde kämpft um jede Schülerin und jeden Schüler, um ihre Schule behalten zu können, da sind 30'000 Franken mehr oder weniger wichtig. Und gerade Frau Wydler hat es gezeigt: Zum Beispiel werden in Bachs Tagesschulen angeboten, damit andere Schüler aus anderen Gemeinden kommen und man die Schule im Dorf behalten kann. Man möchte oftmals genau Schüler aus anderen Gemeinden gewinnen. Und wenn eine Gemeinde das jetzt obligatorisch auch bezahlen muss und es keine Elternsache ist, wenn die Gemeinde diese 30'000 Franken bezahlen muss, dann kann man sich in vielen Gemeinden eine normale Schule nicht mehr leisten. Und die Mittagsbetreuung so ausgestalten zu müssen, das ist nicht liberal.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 376/2020 stimmen 98 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.